

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Nr. 22,
Fremd Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Sachsenheim, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellungsweislich bestimmte Blatt.

Postkontonr.
Dresden 1330.
Stempel
Riesa Nr. 22.

Nr. 139.

Freitag, 17. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder
durch Debit. Für den Fall des Ausbleibens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Ungezogen
für die Fremden des Auslandes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für
die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckgröße (6 Ellen) 25 Cent-Pfennige; die 20 mm breite Halbgröße 100 Cent-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife,
demüthig nach Art. 1, wenn der Betrag verfehlt, durch Klage eingeklagt, durch Klage eingeklagt, durch Klage eingeklagt, durch Klage eingeklagt, durch Klage eingeklagt, durch Klage eingeklagt,
„Kühler an der Erde“. — Im Falle höherer Gewalt. — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerbetriebe — hat der Verleger
keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Justizfragen im Sächsischen Landtag.

Bekanntlich keine Landtagsauflösung.

III. Dresden, 16. Juni 1927.

Der sozialdemokratische Währungsantrag gegen den
Ministerpräsidenten Heide und der kommunistische Antrag
auf Auflösung des Landtags geben der heutigen Landtags-
sitzung ein besonderes Gepräge. Merkmaligerweise sind
die öffentlichen Erörterungen nur schwach besetzt. Beide An-
träge werden miteinander verbunden.

Der sozialdemokratische Währungsantrag begründet
Abg. Oebel (Soz.): Seine Freunde fordern, daß die Ver-
treter, die nicht imstande seien, eine Regierung zu bil-
den, abtreten sollten. Es sei ein widerlicher Schacher
um die Ministerstelle; die Herren verwechselten ihr Vor-
kommen mit dem Wahl des Landes. Die Regierung müsse
der Hälfte des Landtags, der Sozialdemokratie, überlassen
werden. Redner polemisiert sehr scharf gegen Heide als
Minister und Person, sowie gegen die Nationalsozialisten
und die übrigen Koalitionsparteien. Der reaktionäre Bürger-
block in Sachsen müsse gebrochen werden, er sei noch
schlimmer als der im Reich. Seine Partei sei gerührt
und werde den kommunistischen Auflösungsantrag unter-
stützen.

Abg. Böttcher (Komm.) begründet den kommunistischen
Auflösungsantrag. Er meint, angesichts des drohenden
Zusammenbruchs zweier Weltmächte sei der Kampf um die
sächsischen Ministerstelle eine leere Farce. Es handle sich
nur darum, welche parlamentarischen Schicksalsfiguren
dem Bürgerblock ferient werden sollten. Die Verfassung
werde von den Kabinetts des Kapitals dauernd
verletzt. Redner spricht über Streikwahn und Silberding,
Socarno und Genf und behauptet, die Geheimdiplomatie
betreibe jetzt den Kampf gegen Sowjetrußland vor. Der
Kampf gegen den Imperialismus könne nur geführt
werden als Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes,
die sich in der Bürgerblockregierung vereinigt habe. Seine
Partei lehne jede Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen
ab und helfe sich auf den Boden des Klassenkampfes. Wenn
die Gewerkschaften in Sachsen sich endlich zum Klassen-
kampf bekennen wollten, dann könnte die Bürgerblock-
regierung sich keinen Tag mehr halten. Was in dem pro-
letarischen Proletariat in Sachsen vorgehe, sei nur eine
Vorspiegelung, als habe das Volk wirklich das Recht, demo-
kratisch mitzuwirken. Es müsse die proletarische Diktatur
auch in Sachsen aufgerichtet werden.

Abg. Dr. Oberle (Dn.) erklärt, seine Freunde hätten
die beiden Anträge in der gegenwärtigen Situation für
Agitationsanträge, sie würden sich deshalb nicht an der
Diskussion beteiligen und die Anträge ablehnen. Sie be-
hielten sich ihre endgültige Stellungnahme vor, bis der
Ministerpräsident die Ministerliste gebildet habe.

Abg. Tittmann (Nat.-Soz.): Die Nationalsozialisten
hätten seinerzeit dem Heidekabinett weder das Vertrauen
ausgesprochen, noch ihm ihr Ministeramt besetzt. In der
Zwischenzeit sei aber das Verbot des Dilling-Bundes er-
folgt und das Gesamtministerium habe nichts dagegen
unternommen. Das veranlasse ihn und seinen Freund,
für den Währungsantrag zu stimmen.

Der Währungsantrag sowohl wie der Auflösungs-
antrag werden bekanntlich mit 49 gegen 48 Stimmen abge-
lehnt. Dafür stimmen die Kommunisten, Linksozialisten
und die Nationalsozialisten v. Müde und Tittmann.

Hierauf tritt das Haus in die Beratung der Kap. 23
und 22.

Gerichte, Staatsanwaltschaften, Gefangenenanstalten und Ministerium der Justiz.

ein. Dem Bericht erhobte Abg. Oebeling (Volksp. V.). Er
empfiehlt Genehmigung der Eingebungen und Annahme
der Ausschussanträge.

Mit den Kapitalkapiteln wird die Beratung mehrerer An-
träge verbunden. Abg. Giewert (Komm.) begründet die
Anträge seiner Partei. „Das Verbot der komm. Presse in
den Gefangenenanstalten“ und „Bei der Reichsregierung
und im Reichsrat gegen die Auslegung der Hoch- und Lan-
desvertrags-Paragrafen durch das Reichsgericht Einspruch
zu erheben und die Kassierung dieser Urteile zu fordern“;
ferner auf Erlass einer Amnestie für politische Verbrecher.
Abg. Koller (Komm.) vertritt einen Antrag der Kommu-
nisten auf Änderung der Verordnung über den Straf-
vollzug und stellt eine Reihe diesbezüglicher Forderungen.
Abg. Neu (Soz.) berichtet namens des Rechtsausschusses
über einen kommunistischen Antrag auf Gewährung von
Urlaub und Beihilfen an Gefangene. Der Ausschuss will
den Gefangenen ein Recht auf Urlaub gewähren, wenn sie
mindestens 6 Monate ihrer Strafe verpaßt haben und be-
antragt, Anträge auf Unterbrechung des Strafvollzugs im
Gnadenwege nach Möglichkeit zu berücksichtigen, wenn die
wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Verhältnisse des Ge-
fangenen selbst oder seiner nächsten Angehörigen die Unter-
brechung notwendig erscheinen lassen.

Abg. Böttcher (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei,
die sächsische Regierung wolle bei den weiteren Beratungen
des Strafgesetzentwurfs für Abschaffung der Todesstrafe
eintreten.

Abg. Dr. Wagner (Dn.) erklärt als erster Debatten-
redner, seine Partei sei nicht für völlige Aufhebung der
Todesstrafe, wolle sie aber auf die Fälle von überlegtem
Mord beschränkt wissen. Die kommunistischen Anträge
werde seine Partei ablehnen. Die Angriffe auf die Justiz
seien abwegig, denn in Zeiten politischer und wirtschaft-
licher Umstellung befände sich die Justiz in einer schwierigen
Lage; sie solle die geltenden Rechte anwenden, die zum Teil
noch die Folge der vollendeten Verbrechen seien. Die Justiz
sei nicht Herrin, sondern Dienerin des Rechts. Redner
weist dann auf die Arbeitsüberbürdung des Justizper-
sonals hin und verlangt Abhilfe. Für die großen Gerichte
seien Referendare nötig. Die deutsche Justiz hebe vor
keiner anderen in der Welt zurück.

Abg. Tittmann (Nat.-Soz.) weist kommunistische An-
griffe gegen die Nationalsozialisten zurück und meint,
früher habe das Recht mehr dem Empfinden des Volkes
entsprochen als jetzt. Er verweise auf die Feigheit-Mera, in
der die Meinungsfreiheit nicht geachtet worden sei.
Abg. Neu (Soz.) gibt an, daß die Klassenjustiz in den
Ländern etwas zurückgegangen sei, dafür sei aber die politi-
sche Justiz härter hervorgetreten. Von einer demüthigen
Rechtsbeugung könne aber auch bei ihr keine Rede sein.
Redner führt mehrere Beispiele von seiner Meinung nach
politischen Urteilen an.

In dem weiteren Verlauf der Verhandlungen über den
Justizetat tritt Abg. Dr. Gelfert (Dn.) für die Fortbrun-
gen der Beamten ein.

Justizminister Wagner

lehnt die Aufhebung des Verbots der kommunistischen Presse
in den Gefangenen ab, ebenso den Erlass einer neuen Amne-
stie, denn erfahrungsgemäß häuften sich nach einer solchen
jedesmal die Verleumdungsprozesse. Eine Änderung der
Verordnung über den Strafvollzug im Sinne des Kommu-
nistischen Antrags empfehle sich nicht. Das Problem der
Todesstrafe sei im Landtag nicht zu lösen. Früher sei bei
Mord die Todesstrafe die absolute Strafe gewesen. Jetzt
würden in vielen Fällen mildernde Umstände berücksichtigt.
Er persönlich sei für Aufrechterhaltung der Todesstrafe.
Auch die Sommerschlichtung müsse die Todesstrafe nicht
auskommen zu können. Zur Modernisierung des Straf-
vollzugs bei den Justizbehörden sei bereits viel getan
worden. Die heute vorzutragenden Wünsche könnten nicht alle
erfüllt werden. Wenn heute wieder der Vorwurf der Klassen-
justiz gegen die Justiz erhoben werden könnte, so liege das
daran, daß die Einkassierungen jedes politische Urteil zu tre-
ten, daß ein Klassenurteil daraus wurde. Wenn im Falle
der Verurteilung des Reichswehrführers der Richter erst die
Strafverfolgung abgelehnt, dann aber durchgeführt habe, so
sei das kein ungewöhnlicher Vorgang, denn der Richter habe
sich eben der Ansicht der höheren Instanz angeschlossen. In
seiner (des Ministers) Personalpolitik könne ihm nicht ein
einzelner Fall nachgewiesen werden, in welchem er Beamte
aus politischen Gründen befördert habe. Wenn sich die wirt-
schaftlichen Verhältnisse gebessert haben würden, dann werde
auch das allgemeine Ministerium gegen die Justiz schwinden.
Die Hauptfrage sei, daß der Richter sich von seiner Seite par-
teipolitisch beeinflussen lasse und daß er demütig sei, sich in
die neuen Verhältnisse einzufinden. Wenn man den
Wunsch habe, daß der Richter nicht weltfremd werde, dann
müsse für bessere Besoldung gesorgt werden.

Ministerialdirektor Dr. Ruffen weist darauf hin, daß
auch in anderen Ländern eine Verurteilung von Gefangenen
nur auf dem Wege der Gnade möglich sei. Die neue Reichs-
strafvollzugsverordnung lasse auch nicht das Recht auf Beur-
kundung vor. Die Urlaubsbewilligung müsse individuell ge-
halten werden. Von 706 im Vorjahre bewilligten Gefan-
genen seien 11 nicht wieder zurückgeführt und 10 verpaßt.
Das bedeute eine außerordentliche Belastung der Justiz-
behörden. Bei Gewährung des Rechts auf Urlaub würde es
im Justizhaus Waldheim wie in einem Landenslager aus-
sehen. Die Arbeitskraft in den Gefangenenanstalten sei nicht
zu lange. Die kommunistischen Forderungen würden den Ge-
fangenen nicht ausgedient, um ihnen keinen Stoff zur Er-
regung zu geben. An Sexualnot litten in den Anstalten nur
diesem, die auch in der Freiheit darin litten.

Abg. Giewert (Komm.) tritt nochmals für die Kommu-
nistische Forderung ein.

Abg. Claus (Dem.) verlangt Verweisung des Antrags
über die Besoldung der Justizbeamten an den Sonderaus-
schuss für Beamtenfragen. Ganz unnötig sei die Kommu-
nistische Forderung nach Erbauung einer Zentralgefängenen-
anstalt.

Abg. Osterlein (Wirtschaftspartei): Wenn es möglich
sei, einen ganzen Berufsstand so verunmündigen zu können,
wie es heute seitens der Linken geschehen sei, dann gebe es
noch recht viele Freiheiten in diesem angeblichen Klassenstaat.

Hierauf folgt die Abstimmung. Präsident Schwarz bittet
wiederholt die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, sonst
kamen immer wieder solche Zwischenfälle bei den Abstim-
mungsarbeiten vor. Cho-Kusel: Die Einkassierungen bei
Kap. 2, Gerichte, Staatsanwaltschaften usw. werden geneh-
migt. Die Minderheitsanträge sowohl wie die Anträge des
Ausschusses werden in der Mehrzahl abgelehnt, darunter der
Antrag auf Errichtung einer Zentralgefängenenanstalt. Dagegen
wird die Forderung auf Errichtung eines politischen Geims

für Strafenklasse angenommen, ebenso die Forderung auf
Vorlegung einer Statistik über die Dauer der Haft von
u. s. w.

Bei Kap. 22, Ministerium der Justiz, wird das Gehalt
des Justizministers gegen die Stimmen der Linksozialisten
und Kommunisten bewilligt, und die Einstellungen werden
genehmigt. Der kommunistische Antrag auf Gewährung von
Urlaub und Beihilfen an Gefangene wird abgelehnt.

Darauf findet der Ausschussantrag Annahme, die Regie-
rung zu ersuchen, Antrag auf Unterbrechung des Strafvol-
zugs im Gnadenwege nach Möglichkeit zu berücksichtigen,
wenn die wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Verhältnisse
des Gefangenen selbst oder seiner Angehörigen die Unter-
brechung notwendig erscheinen lassen.

Die Anträge auf Verbot der kommunistischen Presse in
den Gefangenenanstalten, auf Erlass einer Amnestie, auf
Kassierung des Hochverrats- und Landesverratsparagrafen
und auf Aufhebung der Todesstrafe werden an den Rechts-
ausschuss.

Der noch übrig gebliebene Punkt der Tagesordnung
wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung 9 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 21. Juni, nachm. 1 Uhr.

Aus den Landtagsausschüssen.

III. Dresden, 16. Juni. In der Sitzung des Beamten-
und Besoldungsausschusses wurde heute vormittag über die
verschiedenen Einlagen wegen Gleichsetzung der Wit- und
Rechtskandidaten verhandelt. Die Denkschrift der Regie-
rung, aus der man die finanziellen Auswirkungen der vom
Landesverband Sachsen des Deutschen Beamtenbundes und
vom Landesverband der höheren Beamten Sachsens ein-
reichenden Forderungen ersehen könne, war erst am Abend vor-
her in die Hände der Ausschussmitglieder gelangt. Ein An-
trag der Rechtsparteien, den Punkt zurückzustellen, bis man
sich in den Fraktionen und auch im interfraktionellen Aus-
schuss über die Möglichkeit der Abstimmung klar geworden
sei, wurde von Seiten der Linken mit Stimmenmehrheit
abgelehnt.

Ein Antrag Claus (Dem.) fand Annahme: Den betrei-
fenden Ministerialdirektoren die Zuschläge nach der Verordnung
vom 15. Oktober 1926 in Höhe des vollen Unterschiedsbetrags
zu zahlen und diesen Unterschiedsbetrag auch den Volksschul-
lehrern zu gewähren. Der Antrag fand Annahme gegen
drei Stimmen bei einhundert Stimmabstimmungen, trotzdem die
Regierung erklärt hatte, daß sie die finanziellen Folgen nicht
tragen könne und daß sie auch an reichsrechtliche Bestim-
mungen gebunden sei. Im übrigen wurden noch eine An-
zahl von Einzelanträgen erledigt.

Polizeifragen.

Dresden. Der Gendarmenausschuss des Sächsischen
Landtages verhandelte gestern erneut über Kapitel 23 des
Staatshaushalts (Staatspolizei). Die vom Abgeordneten
Liedmann vorgebrachten Beschuldigungen gegen den Präsi-
denten Dr. v. Gumbert und einige Anzahl Offiziere der
Staatspolizei wurden von der Regierung als unbegründet
und übertrieben zurückgewiesen. Sodann wurden mehrere
Wünsche, insbesondere über Verbesserung der Besol-
dungs- und Beförderungsverhältnisse von dem Abgeord-
neten Siegert, Claus und Müller (NSD) vorgebracht.
Ebenso die Forderung des Abgeordneten Voigt, die Polizei-
stände unverändert zu belassen.

Minister Dr. Oebel erklärte eine völlige Umgestaltung
der Polizei und daß ein Polizeibeamtengesetz in nächster
Zeit dem Landtag zugehen werde. Ferner werde die
Staatspolizeiverwaltung ausgebaut und der Besoldung der
Polizeibeamten die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt
werden. Die Besoldungsordnung der Polizei sei fertig und
werde noch vor den Ferien vorgelegt werden. Die Dienst-
kleidung werde neu geregelt und die Erhöhung der Unter-
stützungssumme von 50 auf 100 000.— M. sei erforderlich.

Einnahmen des Reichs an Steuern.

Berlin. Nach der vom Reichsfinanzministerium ver-
öffentlichten Uebersicht der Einnahmen des Reichs an
Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom
1. April bis 31. Mai 1927 sind im Mai aufgezogen
an Besitz- und Verkehrssteuern 384 280 990 RM., an Zöllen
und Verbrauchsabgaben 238 583 161 RM., insgesamt im
Mai 622 864 151 RM. In der Zeit vom 1. April bis
31. Mai 1927 sind aufgezogen an Besitz- und Verkehrs-
steuern 923 537 169 RM., an Zöllen und Verbrauchsabgaben
448 364 949 RM., insgesamt in diesen zwei Monaten
1 371 902 118 RM. Die entsprechenden im Reichshaushalts-
plan für das Rechnungsjahr 1927 veranschlagten Siffern
betragen an Besitz- und Verkehrssteuern 5 305 000 000 RM.,
an Zöllen und Verbrauchsabgaben 2 445 000 000 RM., im
gesamten 7 750 000 000 RM.